

# RHEIN-NECKAR-ZEITUNG

## Heidelbergs Oberbürgermeister sieht wenig Spielraum bei Sperrzeiten

Kneipenöffnungszeiten und Haushalt sind die Tophemen der heutigen Gemeinderatssitzung

🚫 Noch 4 Gratis-Artikel diesen Monat.

📄 RNZonline Angebote



20.12.2016, 06:00 Uhr



Der Heidelberger Oberbürgermeister Eckart Würzner. Foto: vaf

hob. In der letzten Gemeinderatssitzung des Jahres wird es heute noch einmal spannend. Die öffentliche Sitzung beginnt bereits um 15 Uhr im Großen Rathaussaal, Marktplatz 10.

> **Die Sperrzeitregelung für die Altstadt** steht gleich ganz oben auf der Tagesordnung. Die Verwaltung schlägt vor, dass die Kneipen in der Kernaltstadt ab 1. Januar 2017 werktags nur noch bis 1 Uhr und am Wochenende bis 3 Uhr öffnen dürfen. Damit würden die Sperrzeiten in Heidelbergs Ausgehviertel um zwei Stunden verlängert. Begründet wird dies mit aktuellen Messungen, denen zufolge die Richtwerte der Technischen Anleitung Lärm noch mitten in der Nacht deutlich überschritten werden. Die Gesundheit der Anwohner werde dadurch gefährdet.

Oberbürgermeister Eckart Würzner sieht in dieser Frage nur einen geringen Ermessensspielraum für den Gemeinderat. Sollten die Stadträte sich grundsätzlich gegen eine neue Sperrzeitregelung aussprechen, würde er dieser Entscheidung widersprechen und dem Regierungspräsidium vorlegen. "Als Oberbürgermeister muss ich darauf achten, dass Recht und Gesetz gewahrt werden", so Würzner. Die bisher geltende Landesregelung, die Kneipenöffnungszeiten werktags bis 3 Uhr vorsieht, sei angesichts der Lärmwerte rechtswidrig. Zu diesem Thema liegen nun eine Reihe von Kompromissvorschlägen unterschiedlicher Fraktionen vor.

> **Mit dem Doppelhaushalt 2017/18** geht es gleich im Anschluss weiter. Würzner sieht den Schwerpunkt im Bereich Bildung. Allein 48 Millionen Euro nimmt die Stadt im laufenden Jahr in die Hand. Seit 2007 habe die Stadt 190 Millionen Euro für die Sanierung der Schulen investiert. Breit diskutiert wurde im Vorfeld insbesondere ein Vorschlag der SPD-Fraktion, die die Kulturförderung der Stadt auf neue Beine stellen will.

> **Das Zweckentfremdungsverbot** ist ein weiteres strittiges Thema (Tagesordnungspunkt 10). Alle Ausschüsse haben sich bisher mit knapper Mehrheit dafür ausgesprochen, dass Wohnungen nicht mehr so einfach zu Ferienappartements umgewandelt werden können.